



PERSONALRATSWAHLEN VOM 15. BIS 19. APRIL 2013

Du hast die Wahl!

Hier kommen die beiden Spitzenkandidaten der GdP für die Wahl zum Hauptpersonalrat Polizei – Ernst Scharbach und Margarethe Relet – zu Wort:

Ernst Scharbach: „Wir haben unsere Grundeinstellung mit unserem aktuellen Motto auf den Punkt gebracht: GEMEINSCHAFT GEWINNT!“

Auf allen Ebenen hat die GdP Kandidatinnen und Kandidaten gesucht und gefunden, die sich getreu dem Motto ‚Alle für Einen, Einer für Alle‘ zur Wahl stellen, um die Interessen der Polizeibeschäftigten zu vertreten. Wir bitten Euch: Beteiligt Euch an der Personalratswahl und wählt die Listen der GdP!

Die vergangenen vier Jahre haben gezeigt, wie bedeutend die Arbeit der Personalräte auf allen Ebenen ist. Die sogenannte ‚Optimierung‘ der Polizeiorganisation mit einer Lenkungsgruppe, sechs Arbeitsgruppen und etlichen Untergruppen hat uns erhebliche Anstrengungen abverlangt. Es galt, den Spagat zu halten zwischen sinnvollen Veränderungen und falschen Einsparkonzepten. In vielen Punkten waren und sind wir mit der Regierung nicht einer Meinung, teils konnten wir Verschlechterungen ‚abbiegen‘, teils beharrte die Regierung auf ihren gestalterischen Kompetenzen und entschied gegen uns. Die Diskussionen waren manchmal hart, manchmal auch unter der Gürtellinie – aber im Ergebnis war es gut, dass die Vertretung der Polizeibeschäftigten die Meinung der Basis einbringen konnte. Oft haben unsere Argumente auch gezogen. Unsere Meinung war gefragt.

Wir können der Arbeitgeberseite bescheinigen, dass sie stets um einen ernsthaften Austausch mit den Personalräten bemüht war. Entscheiden musste der Arbeitgeber am Ende selbst – dafür ist er nun mal da. Waren die Entscheidungen gefallen, kümmerten sich die Personalrä-

te landauf, landab um die Konsequenzen. Dabei standen die individuellen Sorgen der betroffenen Beschäftigten im Vordergrund.

Wenn wir einen Wunsch frei hätten: Lasst uns endlich mal in Ruhe unsere ‚normale‘ Polizeiarbeit machen und dreht nicht ständig an irgendwelchen Organisationen herum!

Wir möchten in den kommenden Jahren unseren Schwerpunkt auf die ‚alternde Gesellschaft‘ legen. Alterns- und altersgerechte Arbeitsplätze und –zeiten sind in allen Bereichen der Polizei noch völlig unterentwickelt. Die Betreuung



von Kindern ist lange Thema – neu wird die Pflege von Angehörigen in den Vordergrund drängen. Diese ‚Ausfall‘-Zeiten dürfen aber nicht vom Arbeitgeber als Einsparmasse missbraucht werden! Wir rechnen in Vollzeitäquivalenten – hoffentlich der Finanzminister bald auch.

Es in allen Punkten immer allen recht zu machen, ist ein hoffnungsloses Unterfangen. Dass wir versuchen, das Beste für Euch alle herauszuholen, ist unser Anspruch. Schenkt unseren Kandidatinnen und Kandidaten auf den GdP-Listen Euer Vertrauen. Sie haben es verdient!“

Euer Ernst Scharbach

Margarethe Relet: „Das GdP-Wahllogo 2013 ‚Gemeinschaft gewinnt‘ macht deutlich, dass wir alle an einem Strang ziehen, Beamtinnen und Beamte im Polizeidienst sowie in der Verwaltung und Tarifbeschäftigte.“

Die Tarifbeschäftigten tragen zwar keine Uniform, aber sie tragen dazu bei, dass das Schiff ‚Polizei‘ bei derzeit hohem Wellengang nicht kentert und untergeht.

Ihre Belange zu vertreten, ist die Aufgabe der Beschäftigtenvertreterinnen und -vertreter im HPRP und in den Gesamt- und örtlichen Personalräten. Ein reger Austausch zwischen den einzelnen Stufenvertretungen zu allen Belangen, die Tarifbeschäftigte angehen, ist seit Jahren mein besonderes Anliegen. Wissen weiterzugeben und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten ist das Motto. Da ist es von großem Vorteil, dass – mit einer Ausnahme – in allen

Gremien die Beschäftigtenvertreterinnen und -vertreter GdP-Kandidaten sind. Als HPRP-Vertreterin war und ist mir auch die persönliche Betreuung der Kolleginnen und Kollegen außerordentlich wichtig. Ängste und Sorgen, ausgelöst durch Schließung von Dienststellen, Zentralisierungsabsichten, Verlagerung von Tätigkeiten oder durch Arbeitsverdichtung mehrten sich und verunsichern die Kolleginnen und Kollegen. Hier setzt auch die Schwerpunktarbeit für die kommenden Jahre an: Vermeidung weiterer Kürzungen im

Personalausgabenbudget, Verhinderung von weiterem Personalabbau, Übernahme der eigenen Auszubildenden, Förderung des Personals durch Aus- und Weiterbildung und Einbeziehung der Tarifbeschäftigten in alle Gesundheitsmaßnahmen im Rahmen des BGM. Der HPRP wird als Wächter im Sinne des Landespersonalvertretungsgesetzes mit Argusaugen bereits vollzogene Maßnahmen wie die Einführung der Zentralen Bußgeldstelle begleiten und darauf achten, dass gesetzliche und tarifliche Vorschriften eingehalten werden. Wichtig ist mir, zu erwähnen, dass wir nicht nur zu Wahlzeiten da sind; wir kümmern uns auch zwischen den Wahlterminen. Zum Abschluss ein Zitat von Michael A. Denck, dt.-amerik. Betriebswirt: ‚Wer meint, nicht gewählt zu haben, der irrt, denn die Gleichgültigkeit der Nichtwähler bestimmt unser aller Zukunft‘.“

Eure Margarethe Relet



Gemeinschaft in Vielfalt: Libera für den HPRP

„Gemeinschaft gewinnt“ – das Wahllogo der GdP 2013. Besser hätte es die Inhalte nicht auf den Punkt bringen können. Eine Gemeinschaft ist gekennzeichnet durch ihre Vielfältigkeit: generationenübergreifend, Frauen und Männer, Schutz- und Kriminalpolizei, Polizeidienst und Verwaltung, Tarifbeschäftigte etc. Wir alle zusammen machen eine Gemeinschaft aus, die nur durch ihren Zusammenhalt ihre volle Kraft entfalten kann.

Ein „Mehrgenerationenhaus“ im familiären Umfeld ist gekennzeichnet durch Zusammenhalt, Unterstützung und Hilfestellung. Genau diese Merkmale machen die Polizei der Zukunft aus.

Erfahrungswissen sichern

Wir brauchen generationenübergreifende Wissenskonzepte, um das gefestigte Erfahrungswissen der „Älteren“ lang-



fristig zu sichern. Erforderlich sind aber auch weiterhin Bemühungen um die Maßnahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gerade wo doch das Audit im Dezember 2012 ausgelaufen ist. An allen großen Standorten muss Kinderbetreuung möglich sein. Wir reden heute noch über die Kinderbetreuung und schon tun sich weitere Felder auf: Wie sieht es eigentlich mit der betrieblichen Förderung der Pflege von Angehörigen etc. aus? Hier gibt es sicherlich erheblichen Nachholbedarf.

„Alternative Beschäftigungsformen“ fordern wir seit Jahren, dennoch hat sich in diesem Bereich nicht viel getan. Es muss Männern und Frauen möglich sein, ihre Arbeitszeit – in den Bereichen, in denen dies möglich ist – so flexibel zu gestalten, dass sie auch von zu Hause aus arbeiten können.

WSD mit Leben füllen

Ein weiteres wichtiges Thema: der Erhalt der Funktionsfähigkeit des Wechselschichtdienstes. In der jüngsten Vergangenheit wurde der Begriff der Vollzeit-äquivalente geprägt. Nun ist es an der Zeit, diesen Ansatz mit Leben zu erfüllen. Die Aufstockung der Einstellungszahlen ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, aber in Anbetracht der derzeitigen Situation jedoch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die jungen Kolleginnen und Kollegen halten die Folgen der Sparmaßnahmen auch nur zeitweise aus. Ich hoffe, dass die dadurch steigenden Anforderungen des Wechsels-

schichtdienstes nicht zu frühzeitigen Krankheitsausfällen führen. Es muss unsere Aufgabe sein, dies frühzeitig zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu fordern und zu entwickeln.

Zu guter Letzt brauchen wir Konzepte zur Förderung von Frauen in polizeilichen Spitzen- und Führungsfunktionen. Nach wie vor sind Frauen in diesen Bereichen deutlich unterrepräsentiert. Helft uns dabei und gebt uns eure Stimme.

Sabrina Kunz



Sabrina Kunz vom PP Trier ist als Libera die Nr. 2 auf der Liste der GdP für den Hauptpersonalrat. Im dienstlichen Leben ist sie Leiterin des Stabsbereichs 1 beim PP Trier und gewerkschaftlich engagiert sie sich seit vielen Jahren in der GdP und ist Bundesvorsitzende der JUNGEN GRUPPE in der GdP. Mit ihrer Nominierung stellt die GdP sicher, dass auf den vorderen Plätzen der Liste und hofentlich im zu wählenden Gremium gesunder Frauenverstand zu guten Ergebnissen beiträgt.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp-rp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96 0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



TARIFRUNDE 2013

3600 in Mainz beeindruckten die Politik



Am 4. März haben 3600 Landesbeschäftigte – Tarifbeschäftigte und Beamte – auf den Mainzer Straßen und vor dem Landtag gezeigt, was sie davon halten, dass die Tarifgemeinschaft der Länder immer noch kein akzeptables Angebot vorgelegt hatte. Zahlreiche Beamte protestierten gegen das verfassungswidrige Besoldungsdiktat von 5x1%. Bei Drucklegung wurde bekannt: 5,6% bei Laufzeit zwei Jahre. Das ist ein Super-Ergebnis. Wir danken allen, die geholfen haben.



RUNDER TISCH POLIZEI

Feierliche Unterzeichnung – Vorgehensweise vereinbart

Die am sogenannten „Runden Tisch zur Situation der Polizei“ getroffenen Vereinbarungen sind jetzt von allen Verhandlungspartnern unterzeichnet worden.

Gleichzeitig wurde vereinbart, die genaue Ausgestaltung und die weitere Vorgehensweise in weiteren Treffen zu regeln.

Die GdP weist darauf hin, dass zum Thema Mehrarbeit „Spielregeln“ erforderlich sind und dass bereits beim ersten Einstellungstermin ein „plus X“ berücksichtigt werden muss, damit am Schluss wirklich 400 Kolleginnen und Kollegen bei der BePo und im Einzeldienst ankommen.



Trafen sich im Mainzer Landtag zur feierlichen Unterzeichnung (v. l.): Daniel Köbler (Vorsitzender der Fraktion B90/Grüne), Ernst Scharbach, Innenminister Roger Lewentz, DGB-Vorsitzender Dietmar Muscheid und Hendrik Hering, Vorsitzender der SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag.



Kandidaten des PP Mainz

Die Riege der Spitzenkandidatinnen und Kandidaten für die Gesamt- und Einrichtungspersonalräte wird in dieser Ausgabe mit dem PP Mainz und der Landespolizeischule komplettiert.

Hier zunächst das PP Mainz:

Anne Knewitz: *Erhalt von Arbeitsfeldern und Arbeitsplätzen in den Dienststellen, transparente Personalplanung, Weiterbeschäftigung von Auszubildenden nach deren Ausbildung, Übertragung von polizeifremden Tätigkeiten an Tarifbeschäftigte, damit Polizeibeamtel/-innen von ausbildungsfremden Aufgaben entbunden werden können. Das sind längst nicht alle Tätigkeitsfelder des Personalrates, die mir am Herzen liegen. Tarifbeschäftigte sind eine wichtige Stütze für die Polizei und haben Unterstützung verdient.*

Ralf Schreiber: *Die GdP wird mit fast demselben Team wieder für die Wahl zum Gesamtpersonalrat antreten. Das bedeutet, dass wir auch weiter unser Hauptziel verfolgen werden: Gerechte Personal- und Aufgabenverteilung. Dabei spielt die*



Anne Knewitz und Ralf Schreiber stehen für effektive Personalvertretung im PP Mainz.

Funktionalität und Zukunftsfähigkeit des Wechselschichtdienstes eine große Rolle. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in einer so jungen Behörde, wie dem PP Mainz, ein großes Thema, dem wir uns gerne widmen.

Bei zunehmender Belastung und abnehmendem Personal werben wir für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für Maßnahmen des Behördlichen Gesundheitsmanagements.

Kandidaten der LPS

Bernhard Schweitzer: *Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aus- und Fortbildung der rheinland-pfälzischen Polizei ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Gerade die Umstellung vom Diplomstudiengang auf den Bachelorstudiengang ist noch immer eine alltägliche Meisterleistung für alle Bediensteten der LPS/FHÖV – Fachbereich Polizei. Die Implementierung neuer Organisationsbereiche ist fast an der Tagesordnung und die personelle Veränderung zur Erfüllung von Organisations- und Ausbildungszielen ist unverzichtbar. Bei alledem gilt es, die Balance zwischen den dienstlichen Erfordernissen und den persönlichen Bedürfnissen aller Kolleginnen und Kollegen zu schaffen. Die Belastungsspitzen für Studierende und Stammpersonal müssen gekappt bzw. ausgeglichen verteilt werden. Die Gesundheit und Berufszufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen hat Vorrang.*

Dies geht nicht ohne eine starke Interessenvertretung. Unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen eine starke, vernehmbare Stimme. Wir von der GdP sind weiterhin bereit, diese Verantwortung zu übernehmen.



Rita Schumacher: *Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Landespolizeischule wollen wir uns weiterhin engagiert einsetzen. Personal- und Organisationsentscheidungen sollen für sie transparent sein und die geleistete Arbeit besser anerkannt werden, z. B. durch angemessene Gehälter. Auch gilt es, die Belange und Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie z. B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker zu respektieren. Hier wollen wir uns noch intensiver für individuelle Lösungen und Förderungen der Tarifbeschäftigten einsetzen. Wir wollen, dass alle im Umgang miteinander fair sind und bleiben.*

KURZ & KNACKIG

■ GdP-Mitglied Adolf Kessel neuer Landesvorsitzender der Sozialausschüsse der CDU



Der Landtags-abgeordnete **Adolf Kessel** ist auf der Landtagstagung der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Koblenz für die näch-

sten zwei Jahre zum Landesvorsitzenden der Sozialausschüsse der CDU gewählt worden. Adolf Kessel löst somit Bardo Kraus ab, der dieses Amt sechs Jahre innehatte und wegen neuer Gewerkschaftsaufgaben auf Bundes- und Europaebene nicht mehr zur Wahl angetreten war.

Die GdP wünscht ihrem Mitglied Adolf Kessel alles Gute im neuen Amt mit unmittelbarem Bezug zur Gewerkschaftsarbeit. Die Redaktion DP schließt sich dem Glückwunsch an und plant bereits ein Interview für eine der nächsten Ausgaben.

■ 365 Flusskilometer

Patrick Kirf, GdP-Vertrauensmann in der WSP-Station Trier, befestigt das „Vertrauensleute-Fahndungsplakat“ an der Pinnwand seiner Dienststelle. Kirf: „Die Übergabe fand nicht persönlich statt, da unser neuer Kreisgruppenvorsitzender Andreas Weickert 365 Flusskilometer entfernt in Ludwigshafen arbeitet“.



EU-PROJEKT FRAUEN IN SPITZENPOSITIONEN

„Der letzte Bulle“

Das Verbundprojekt Frauen in Spitzenpositionen wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Europäischen Sozialfonds für Deutschland und der Europäischen Union gefördert und das Teilprojekt Karrierestudie bei der Polizei ist bei der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) angesiedelt. Es läuft seit drei Jahren unter der Leitung von Frau Dr. Fischbach, DHPol, Leiterin des Fachbereichs Sozial-, Arbeits- und Organisationspsychologie.

Während einer Transfertagung des Projekts an der DHPol wurde zunächst viel Theorie aus den zahlreichen Erhebungen im Laufe des Projektes vorgestellt. So z. B. die wissenschaftlich belegte Erkenntnis, dass von Frauen in Führungspositionen seltener von den Mitarbeitern der Ausdruck von Neutralität gefordert wird als von Männern in Führungspositionen.

Soll heißen, Frauen wird mehr Emotionalität zugestanden als Männern.

Richtig anfassbar wurde das Thema aber erst, als Henrik Cohnen von der TU Dortmund die sechs Typologien der Führungskräfte der Polizei darstellte. Da konnte nun wirklich jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer entweder sich selbst oder bei seiner Polizei diese Typen finden. So gibt es den Modernisierer, ein aufgeschlossener, veränderungswilliger junger Chef; den Bürokraten, der alles ausführt, was ihm aufgetragen wird; die Quereinsteigerin, die insgesamt von einer gewissen Skepsis gegenüber der Polizei geprägt ist und letztlich der Typus des „letzten Bullen“. Er ist im Pulverdampf ergraut, hat also viel Erfahrung auf der Straße gemacht und sich dann im System der Polizei hochgearbeitet. Er steht Gleichstellungsfragen und Neuerungen im Allgemeinen verschlossen gegenüber, führt autoritär und ist konservativ eingestellt.

Diese Typologien sind nicht einfach nur amüsant und dienen dem Selbstzweck. Wenn man sich deutlich gemacht hat, welchen Typ Führungskraft man vor sich hat, weiß man, wie man mit ihr umgehen muss.

Während der Tagung gab es jede Menge guter Beispiele bei den Polizeien der Länder und des Bundes. Besonders Niedersachsen stellte viele Ideen und vor allem ein ganzheitliches Konzept vor. Die

Chancen und Risiken des Demografie-wandels wurden vom Abteilungsdirektor der Polizeiakademie Niedersachsen, Carsten Rose, vorgestellt und sind den rheinland-pfälzischen sehr ähnlich (Stichwort Bewerberrückgang).

Chancen und Schwierigkeiten

Für Rheinland-Pfalz stellten Dienstgruppenleiterin **Simone von Focht** und **Anja Rakowski**, stellv. Abteilungsführerin der 1. BPA, sehr anschaulich die Chancen und Schwierigkeiten in ihren Werdegängen dar. Kritisch ins Gericht mit den Frauen ging am Schluss der Tagung eine Kollegin der Bundespolizei. Sie stellte dar, wie Frauen sich manchmal selbst hemmen. Sie beschrieb aber auch deutlich, dass Frauen von Männern aus unterschiedlichsten Gründen ausgebremst werden. Ganz schwierig wird es, wenn Frau auf den konservativen Vorgesetzten, der Frau am liebsten zu Hause bei der Familie sieht, trifft. Damit wären wir wieder beim Typus „der letzte Bulle“.



Steffi Loth ist Vorsitzende der Frauen-gruppe in der GdP und hat sich im Auftrag des Hauptpersonalrates Polizei um das EU-Frauenprojekt gekümmert.

Im eigenen Land

Wer aber von der Tagung erwartet hatte, nun für das eigene Land passende Ideen wie in einem Bestellkatalog zu finden, mit dem die anliegenden Probleme binnen kurzer Zeit lösbar seien, der wurde enttäuscht. Es gab viele Anregungen, aber ein richtiges Konzept muss dann doch im eigenen Land gründlich erarbeitet und vor allem auch umgesetzt werden.

Steffi Loth

FÜHRUNGSKRÄFTE-SEMINAR

Der GdP Aufgaben ins Stammbuch geschrieben

Ende November hatte die GdP zum Führungskräfte-seminar nach Brodenbach eingeladen.

Die 15 Teilnehmer befassten sich – angeregt durch den Leitartikel von Ernst Scharbach „Mut zur Wahrheit“ – mit den kommunikativen und organisatorischen Abläufen in der Polizei. Schließlich erarbeiteten die Teilnehmer unter wissenschaftlicher Anleitung von **Heino Gröf** eine priorisierte Maßnahmenliste im Sinne eines Aufgabenkatalogs für die GdP. Personalentwicklung, Reduzierung von Beurteilungsaufwand, realistische Lage- und Stärkebeurteilung kamen hier ebenso vor, wie die Verschlankung des Zielvereinbarungskonzeptes und der Verzicht auf OPCO und – nicht zuletzt – Arbeitszeitverkürzungen für Ältere und den Schichtdienst. Die Seminarleiter Bernd



Becker und Horst Zwank sagten zu, die Anregungen in die GdP-Arbeit einzuspeisen und wiesen auf viele Übereinstimmungen zur Beschlusslage hin.

Am zweiten Seminartag informierte **Manuel Wehrmann** (LPS) über seine Erfahrungen aus drei Jahren Führungskräfte-training. Auch Wehrmann nahm interessante Anregungen mit in den Fortbildungsaltag.



Zentralisierung von Aufgaben löst Argwohn des Hauptpersonalrates aus

Im Zentrum der Sitzung des HPRP stand die Umsetzung von Maßnahmen, die sich aus den Vorschlägen der AG 5 und 6 der „Optimierung der Polizeiorganisation“ ergeben. Die Maßnahmen unterliegen nicht der Mitbestimmung, wurden aber auf Antrag des HPRP einer Erörterung mit den ISIM-Vertretern Rainer Leubecher (stellv. Abteilungsleiter Polizei), Michael Krüger (Organisation) und Elmar May (Einsatz) unterzogen.

Wegfall von Funktionen kritisiert

Der HPRP kritisierte heftig den Wegfall von nach A 12 und A 13 bewerteten Funktionen auf den Dienststellen. In der Erörterung wurde deutlich, dass die Präsidien im Hinblick auf die Bewertung von Tätigkeiten als herausgehobene Tätigkeiten im Rahmen der Vorgabe und Rechtsprechung Spielräume haben könnten.

Die angekündigte Verlagerung von Tätigkeiten auf Tarifbeschäftigte hingegen fand ausdrückliche Zustimmung – nur leider gab es solche Absichtserklärungen schon häufig. Am Ende scheiterte die Umsetzung aber an fehlenden Stellen und fehlendem Budget, stellte Kollegin **Margarethe Relet** fest.

Zentralisierung kritisch

Die Zentralisierung von Technik und Versorgung sowie die System- und An-

wenderbetreuung sieht der HPRP kritisch. Nicht alle Tätigkeiten lassen sich von einer Zentrale aus erledigen.

Einsatzleittechnik und Jugendsachen

Die Entwicklung der Einsatzleittechnik und der Vermittlungstechnik für Not-



rufe steckt noch in der Prüfphase. **Bernd Becker** forderte auch hier ein ausgewogenes Verhältnis von Zentralisierung und der Verantwortung vor Ort einzuhalten. **Elmar May** versicherte dem Gremium, dass eine landesweite Variante – wie in anderen Bundesländern – ausdrücklich gar nicht erst geprüft werde.

Für die Ablauforganisation im Zusammenhang mit dem Wegfall der Funktion des Beamten für Jugendsachen forderte Becker, den Direktionen und Inspektionen Spielräume zu gewähren, beispielsweise was die Besetzung der Jugendhilfeausschüsse und die Zusammenarbeit mit den Jugendämtern angehe.

Personalzumessung und Sport

Koll. **Heinz Werner Gabler** mahnte an, die Kriterien der Personal-Zumessungs-Kommission an die Änderungen anzupassen und die Berechnung der Fehlstellenquoten neu zu überdenken.

Beim Dienst- und Wettkampfsport kritisierte Koll. **Helmut Knerr** die massiven Verschlechterungen bei der Anrechnung von Übungsstunden. Einige Sportleiter hätten ihre Aufgabe entnervt abgegeben.

Flughafen Zweibrücken und Prävention

Ebenso forderte der HPRP Konsequenzen aus der aktuellen Diskussion um den Flughafen Zweibrücken. Die Polizei ist nicht mehr bereit, am Flughafen anfallende Arbeiten für andere zu übernehmen. Gleiches gilt für Aufgaben, die die Polizei nach wie vor für die Kommunen erledigen muss.

Die polizeiliche Prävention wird in einer neuen Rahmenkonzeption zusammengefasst. Die Konzeption wurde vom HPRP begrüßt.

Herr **Leubecher** erklärte, dass das Ministerium an der Grundausrichtung der Vorlage festhalten werde.

Zu einzelnen Bereichen wurde vereinbart, dass Forderungen und Vorschläge des Personalrates einer internen Prüfung unterzogen werden.

Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte), Ernst Scharbach (Beamte)

Anzeige

**BEURTEILUNG ?
BEFÖRDERUNG ?
DISZIPLINARVERFAHREN ?**

Kompetente Beratung und erfolgreiche Vertretung durch

**Rechtsanwalt
Johannes Hock**

An der Krimm 21
55124 Mainz
Tel.: 0 61 31 – 4 62 26



Hotline: 01 71 – 3 71 91 72



Willst Du dein komplettes Geld für die Pflegeversorgung ausgeben?


Liebes GdP Mitglied,

es ist ein schwieriges Thema. Man schiebt es immer weiter vor sich her, bis es vielleicht zu spät ist...

Wir empfehlen Dir: Handle JETZT und sichere Dir die Vorteile:

- Wahlfreiheit einer optimalen Versorgung – auch zu Hause!
- Schutz deines Erbes vor dem Zugriff der Pflege
- Staatlicher Zuschuss von 60 EUR pro Jahr (Tarif PflegeBAHR, Mindestbeitrag erforderlich)

Die private Absicherung für den Pflegefall wird immer wichtiger, weil die Kosten immer teurer werden.
Oder willst Du, dass deine Kinder später für deine Pflegekosten aufkommen müssen?

<p>Kosten für ein Pflegeheim (Pflegestufe III) monatlich ca. 3.000 € Leistung aus der gesetzlichen Pflegeversicherung 1.550 € Dein Eigenanteil: 1.450 € *</p>		<p>Leistung aus PflegeBahrTarif 600,- EUR => Keine Gesundheitsprüfung => Staatlicher Zuschuss 60€ p.a. => Inflationsanpassung möglich für nur 32,26 € Monatsbeitrag, 60 Jahre (Zuschuss 5€ bereits abgezogen)</p>
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

*Betrag kann je nach Beihilfeanspruch leicht abweichen!



Wenn Sie gern **günstige Gelegenheiten** nutzen, haben wir eine gute Nachricht für Sie.

Ein falscher Schritt, eine übersehene Ampel ... Pflegebedürftigkeit kann ganz plötzlich entstehen und über Jahre leicht ein Vermögen kosten. Sichern Sie sich jetzt ab. Die Gelegenheit ist günstig: Ab 2013 bezuschusst der Staat private Pflegezusatzversicherungen im Rahmen des Tarif PflegeBAHR erstmals mit 60 Euro jährlich. Jetzt staatliche Förderung nutzen und vorsorgen!

Landesdirektion Mitte , Herr Rainer Pelzl
 Mobil (0174) 9 05 11 42, rainer.pelzl@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
 gut zu wissen

Austausch mit der GdP ist wichtig

Die Kolleginnen Barbara Huwer und Nina Röhl haben im November auf dem „Ticket“ der JUNGE GRUPPE (GdP) Rheinland-Pfalz an einer Hospitationswoche für Gewerkschaftsjuniorinnen im Deutschen Bundestag teilgenommen.



Nina Röhl und Barbara Huwer – im Hintergrund die Reichstagskuppel Foto: privat

35 Mitgliedern aus den unterschiedlichsten DGB-Gewerkschaften, darunter fünf Mitglieder der GdP (Bremen, Bremerhaven, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz), haben an dieser Hospitationswoche teilgenommen. Organisiert wurde diese

Woche durch den DGB, die Hospitationsplätze wurden von der Bundestagsfraktion der SPD zur Verfügung gestellt.

Begrüßt wurden wir in den Räumlichkeiten des DGB von der Parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD, **Iris Gleicke**.

Für die beiden rheinland-pfälzischen GdP-Teilnehmerinnen waren die Büros der Bundestagsabgeordneten **Michael Hartmann** (Mainz) und **Manfred Nink** (Trier) zuständig.

„Schon in den ersten Gesprächen konnten wir einen Einblick in den straffen Terminplan während der Sitzungswochen gewinnen“, schreiben die Kolleginnen. Und weiter: „Bereits am ersten Abend fand in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung eine Veranstaltung statt, so dass wir die Mitarbeiter/-innen der Abgeordnetenbüros näher kennenlernen konnten.“

In den fünf Tagen am Deutschen Bundestag wurde uns als Besucher die Teilnahme an verschiedenen Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen ermöglicht.

Weiterhin durften wir die Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses kennenlernen und eine Stunde an einer Sitzung des Deutschen Bundestags teilnehmen.

Höhepunkt unserer Hospitation war zweifelsfrei die Möglichkeit, die in dieser Woche stattfindende SPD-Fraktionssitzung und die zusätzlich angesetzte Fraktionssondersitzung zu besuchen.

Abgerundet wurde das abwechslungsreiche Programm durch Diskussionsrunden mit dem Vorsitzenden der AfA, Klaus Barthel, und dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, **Dr. Frank-Walter Steinmeier**.

Trotz seines engen Terminplanes wurde durch MdB Michael Hartmann (innenpolitischer Sprecher der SPD) ein persönliches Gespräch mit den fünf Mitgliedern der GdP ermöglicht. Er bestätigte hierbei den hohen Stellenwert der Inneren Sicherheit und signalisierte, dass er auch in Zukunft für einen politischen Austausch mit der GdP zur Verfügung stehen wird.

Abschließend bleibt zu sagen, dass es eine interessante und beeindruckende Woche mit vielen bleibenden Erinnerungen war und wir hoffen, dass auch in Zukunft für Mitglieder der JUNGE GRUPPE Hospitationen in diesem Rahmen geschaffen werden!“

Barbara Huwer und Nina Röhl

LESERBRIEF

Walter Welling wieder in der „Obhut“ der GdP

Nach Eingang dieses Briefes war die GdP Rheinland-Pfalz natürlich gerne bereit, die Mitgliedschaft des Kollegen Welling wieder aufzunehmen. Lieber Walter, wir wünschen Dir alles Gute. Hier der Leserbrief:

Lieber Ernst Scharbach, lieber Bernd Becker!

Als ich im Januar 2002 in den Ruhestand getreten bin, habe ich einen großen Fehler gemacht! Nachdem ich 1963 durch Heinz Blatt in die GdP eingetreten bin und 1988 von Hermann Lutz eine Urkunde für 25-jährige Mitgliedschaft erhalten hatte, bin ich mit meiner Ruhestandsversetzung aus der GdP ausgetreten. Ich weiß nicht mehr, welches Pferd mich damals geritten hat! Man hat mir von allen Seiten Vorwürfe gemacht, insbesondere mein Kollege Rainer Blatt, aber niemand hat mich davon überzeugt, in der GdP zu bleiben. Nach elf Jahren Un-Ruhestand bereue ich meine Sünden und bin trotz des fortge-



schrrittenen Alters zur „tatigen Reue“ bereit. Übers Internet habe ich soeben einen Antrag auf Wiederaufnahme meiner Mitgliedschaft gestellt. Ich hoffe, Ihr findet in den Archiven noch meine personenbezogenen Daten. Rainer Blatt wird am Sonn-

tag, dem 17. 2. 2013 „70 Jahre“ alt. Das ist für mich ein Signal. Nicht-GdP-Mitglieder sind bei ihm nur „Menschen zweiter Klasse“! Ich möchte ihm zu seinem 70. mit meiner „neuen“ Mitgliedschaft eine besondere Freude bereiten! Aus eben genannten Gründen hat er im letzten Jahr den 70. Geburtstag eines „Abtrünnigen und Fahnenflüchtigen“ ignoriert. Ich habe dafür volles Verständnis! Bis jetzt habe ich regelmäßig das GdP-Heft mit großem Interesse gelesen, das ich mir über „dunkle Kanäle“ besorgt hatte. Ich bin ständig an der Entwicklung der rheinland-pfälzischen Polizei interessiert und informiere mich über das Internet, u. a. Polizei-Kurier, KOKO-Kompakt des PP-KO sowie über die E-Mail-Verbindungen zu meinen Kollegen.

Für Eure Bereitschaft, den „Fahnenflüchtigen“ historischen Schutzmann Walter Welling wieder in Eure Obhut aufzunehmen, danke ich bereits jetzt im Voraus!

**Mit kollegialen Grüßen
Walter Welling**

